



Fortsetzung von Seite 1

Jede Familie wie die von Bauer Kari-mumujango, bekommt von der Regierung einen Acker zugewiesen, den sie bepflanzen darf. Bis auf dem Acker etwas wächst, verteilt das UN-Welternährungsprogramm WFP (World Food Programme) Lebensmittel: Reis, Bohnen, Öl, Salz und Milchpulver für die Kinder.

»Obwohl wir eine sehr offenerherzige Politik verfolgen, ist die Versorgung der Flüchtlinge, wenn sie in Massen kommen, eine enorme Herausforderung«, sagt Ugandas Flüchtlingsminister Musa Ewewu. Die internationale Hilfe wird jedoch immer weniger, da auch Europa mit dem Flüchtlingsansturm klarkommen muss und die Hilfsgelder woanders hinfließen. Das UNHCR spricht derzeit weltweit von »der größten Flüchtlingskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs« und lobt Uganda für sein Engagement. Die traditionellen Geber, darunter auch Deutschland und die EU, würden allerdings immer weniger in die Töpfe einzahlen. Demnach steht das kleine Land derzeit mit all den Flüchtlingen fast alleine da.

Ugandas liberale Flüchtlingspolitik hat eine lange Geschichte: Schon während des Zweiten Weltkrieges nahm Uganda polnische Juden auf. Während der 1970er- und 1980er-Jahre waren viele UganderInnen selbst Flüchtlinge, erinnert der Minister: »Wir wurden damals gut behandelt, deswegen wollen wir heute unsere Nachbarn gut behandeln, wenn sie Probleme zu Hause haben.« Ugandas heutiger Präsident Museveni hat im Exil in Tansania seine Guerillabewegung gegründet, seine jungen Kämpfer in den Flüchtlingslagern rekrutiert, die 1986 letztlich das Land eroberten und bis heute die Regierung stellen. Aus dieser Perspektive heraus würden die Flüchtlinge in Uganda nicht als Ballast, sondern als Potenzial wahrgenommen, als die Präsidenten von morgen. Als Beispiel hierfür steht stets Paul Kagame, der heutige Präsident des Nachbarlandes Ruanda,

der in Ugandas Flüchtlingslagern groß wurde und zur Schule gegangen war.

### **Uganda: Verlierer der neuen EU-Verhinderungspolitik**

Im Zentrum der Flüchtlingsiedlung Nakivale, wo die Lagerleitung ihre Büros hat und die Hilfsgüter und Lebensmittel verteilt werden, herrscht geschäftiges Treiben: In den engen Gassen reihen sich Tischlereien, Schneidereien, Werkstätten, Apotheken und Läden aneinander, alle von Flüchtlingen betrieben. Viele bringen ihre Nähmaschinen, Werkbänke, Werkzeuge oder gar die Getreidemühle mit nach Nakivale. Der Betreiber eines Internetcafés war mitsamt seinen Computern geflohen und hatte sie im Lager wiederaufgebaut. Hier sitzen Jugendliche vor den Bildschirmen und chatten online mit ihren ehemaligen SchulfreundInnen aus der Heimat in anderen Lagern der Region.

Aus den Krisenländern retten sich auch die UnternehmerInnen und der berufstätige Mittelstand, Kleingewerbetreibende. In Kampala sieht man mittelständische Autos mit burundischen oder südsudanesischen Kennzeichen, die sogenannten urbanen Flüchtlinge, die über ausreichend Eigenkapital verfügen, um sich damit für einige Zeit über Wasser zu halten. Die meisten schlagen mit ihrem ganzen Ersparnis im Kofferraum auf, um sich ein neues Leben aufzubauen: Sie mieten ein Haus, eröffnen ein Geschäft oder Restaurant, betreiben Handel mit ihren Verwandten in der Heimat. Sie zahlen im Bestfall sogar Steuern und stellen ein paar UganderInnen ein.

»Uganda hat eine sehr offenerherzige Flüchtlingspolitik und profitiert langfristig auch wirtschaftlich davon«, bestätigt Charly Yaxley vom UNHCR. Das UN-Welternährungsprogramm WFP kauft die Lebensmittel, die es an die frisch ankommenden Flüchtlinge in den Auffanglagern verteilt, von lokalen Bauern ein, zu einem fairen Preis. Das hilft Ugandas Landwirtschaft.

Eine im Oktober 2016 veröffentlichte WFP-Studie besagt: Jeder Acker, der einer Flüchtlingsfamilie zur Verfügung gestellt wird, generiert umgerechnet rund 200 Euro Profit jährlich. Das ist viel in Uganda.

Ugandas Präsident Museveni ist ein wichtiger Fürsprecher der Idee der AU (African Union), innerhalb des Kontinents die Visapflicht abzuschaffen oder gar einen einzigen AU-Reisepass einzuführen. Er ist klar gegen die von der EU bevorzugte Migrationsabwehr und Schließung der Grenzen: »Unsere Leute sollten nicht auf gefährlichen Reisen über das Mittelmeer sterben, in der Hoffnung auf ein besseres Leben«, so Museveni in der Eröffnungsrede. »Migration ist vielmehr dafür bekannt, die älteste Abhilfe für Armut und Anlass positiver Entwicklung zu sein, wenn sie gut gemanagt wird«, betonte er. Die meisten MigrantInnen und Flüchtlinge seien jung, im arbeitsfähigen Alter. Diese Arbeitskraft ließe sich doch gut nutzen, auch in der EU. Wie das funktioniere, zeige das Beispiel Uganda.

Allerdings gibt es auch Schwierigkeiten und Unklarheiten bei der praktischen Umsetzung der ugandischen Flüchtlingspolitik. Zu Beginn des Jahres 2018 wurden einige Fälle von Korruption bekannt, die die Finanzen des Flüchtlingsministeriums betrafen. Es wurde lückenlose Aufklärung versprochen, diese kostet natürlich wiederum Geld. Auch wird die mangelhafte Überwachung der Verwendung der Projektgelder von der UNHCR kritisiert. Obwohl es noch viel Verbesserungsbedarf und diverse Problemfelder in der Flüchtlingspolitik Ugandas gibt, ist es auch ein Faktum, dass Uganda derzeit über einer Million schutzsuchenden Menschen ein Zuhause und die Hoffnung auf ein neues, friedliches Leben bietet.

*Simone Schlindwein ist Journalistin und Korrespondentin der taz in Uganda*

# Gesetzliche Impfpflicht – verfassungsrechtliche Überlegungen

## Wie sinnvoll ist die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht? Öffentliches Interesse oder Selbstbestimmung – ein Widerspruch?

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Katharina Pabel  
Institut für Verwaltungsrecht, JKU Linz

Die Diskussion über die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht ist nicht neu. Derzeit wird gerade in Österreich wieder lebhaft über die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern diskutiert, weil es zu einer nennenswerten Zahl von Masernerkrankungen gekommen ist.

Nach Informationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) müssen mindestens 95 % aller Kinder mit zwei Impfdosen geimpft werden, um Masernausbrüche zu verhindern. Säuglinge vor dem neunten Monat, Schwangere und Personen mit geschwächtem Immunsystem, die nicht geimpft werden können, sind bei einer Durchimpfungsrate von 95 % mit geschützt.

Auch wenn Masern zu den sogenannten „Kinderkrankheiten“ zählen, kann diese Krankheit einen durchaus schwerwiegenden Verlauf nehmen. Bei etwa 20 % der Erkrankungen treten überdies Komplikationen auf, die zu potentiell lebensgefährlichen Folgen und zu bleibenden Schäden führen können. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass Impfen Nebenwirkungen haben kann. Ohne diese gering zu reden, sind sie in aller Regel jedoch vorübergehend und von leichter Natur. Vor diesem Hintergrund wird in Österreich derzeit das Impfen von Kindern insbesondere gegen Masern (im Rahmen der Masern-, Mumps- und Rötlimpfung) empfohlen und dringend angeraten.

Dennoch entscheiden sich einige Personen dagegen, sich und vor allem ihre Kinder gegen Masern und andere Krankheiten impfen zu lassen. Die Motive sind ganz unterschiedlich. Verbreitet ist die Sorge, gerade kleine Kinder mit einem hoch wirksamen Arzneistoff impfen zu lassen und damit in deren Körper einzugreifen. Auch Angst

vor den Impfnebenwirkungen mag eine Rolle spielen.

## Ist die Impfpflicht eine Verletzung von Grundrechten?

Wie ist nun vor diesem Hintergrund die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht, insbesondere gegen Masern, grundrechtlich zu bewerten? Die in Österreich geltenden Grundrechte schützen im Grundsatz die Entscheidung, ob man sich und seine Kinder impfen lässt. Das in Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützte Recht auf Privatleben umfasst auch den grundrechtlichen Schutz der Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Jeder medizinische Eingriff, also auch eine Impfung, kann daher nur mit der Zustimmung des oder der Betroffenen erfolgen. Sollte eine Pflicht zum Impfen etwa gegen Masern gesetzlich eingeführt werden, liegt darin eine Beschränkung des Grundrechts auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper vor. JuristInnen sprechen in diesem Fall von einem Grundrechtseingriff.

Allerdings stellt nicht jeder Grundrechtseingriff zugleich auch eine verfassungswidrige Grundrechtsverletzung dar. Der Gesetzgeber ist unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, zum Schutz öffentlicher Interessen und zum Schutz der Rechte und Freiheiten dritter Personen Grundrechte einzuschränken. Voraussetzung ist, dass ein solcher Grundrechtseingriff angemessen und verhältnismäßig ist. Der Gesetzgeber hat eine Interessenabwägung zwischen dem Interesse des Grundrechtsberechtigten auf Gewährleistung seines Grundrechts auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper auf der einen Seite und dem Schutz der öffentlichen Interessen auf der ande-

ren Seite vorzunehmen. Diese Abwägung kann nur im Hinblick auf eine bestimmte Impfung mit ihren positiven und negativen Auswirkungen vorgenommen werden. Die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern würde dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung dienen.

In der grundrechtlich gebotenen Abwägung zwischen den betroffenen Interessen ist zugunsten der Personen, die Impfungen ablehnen, deren Beschränkung in ihrer Selbstbestimmung über den eigenen Körper zu berücksichtigen. Dies umso mehr, als bekanntermaßen durch Impfungen auch Nebenwirkungen auftreten können. Auf der anderen Seite ist das Ziel, die Bevölkerung gegen Masernausbrüche zu schützen und dabei gerade auch Personen, die nicht geimpft werden können, in den Schutz einzubeziehen, ein öffentliches Interesse von besonders hohem Gewicht. Im Hinblick auf diese Interessenlage erscheint es angemessen, eine gesetzliche Pflicht zur Impfung gegen Masern einzuführen. Auch wenn damit Grundrechte der Impfgegner beschränkt werden, überwiegen doch die öffentlichen Interessen am Gesundheitsschutz.

Die gesetzliche Vorschreibung einer Impfpflicht gegen Masern würde nicht gegen Grundrechte verstoßen. Das bedeutet aber nicht, dass der Gesetzgeber nun verpflichtet wäre, eine solche gesetzliche Impfpflicht einzuführen. Ob er diesen Schritt geht, ist eine politische Entscheidung. Es muss sorgfältig überlegt werden, ob das Ziel – ein möglichst hoher Durchimpfungsgrad in der Bevölkerung – am besten mit einer gesetzlichen Impfpflicht oder aber durch andere Maßnahmen, wie etwa Informationskampagnen, zu erreichen ist.

# Spannungsfeld Non-Profit-Organisationen

## **NPOs zwischen Wegschauen und Widerstand: Wie können NPOs und die Zivilgesellschaft handeln im Sinne einer pluralistischen Demokratie?**

*Prof. (FH)*

*Mag. Thomas Schweinschwaller*

Durch die österreichische Regierung ist das Herabwürdigen von sozialen Organisationen, wie z. B. Caritas oder Diakonie, Mode geworden. Entsprechende Illustrationen werden von RegierungsvertreterInnen fast im Wochentakt geboten. Auch werden von der Regierung Feindbilder geschaffen und bedient. Wenn Sozialhilfeleistungen mit Missbrauch in Verbindung gebracht werden, dann schafft die Regierung eine alternative Erzählung zur solidarischen Gesellschaft, die ein verbindendes Narrativ der 2. Republik ist. Und natürlich, es gibt auch jene, die das Sozialsystem ausnützen – aber einzeln! Und dagegen vorzugehen ist nicht reaktionär, sondern notwendig für alle jene, welche die Unterstützung durch staatliche Transfers brauchen.

Die Agenda dieser Reformregierung zeigt sich eindeutig in ihren Worten und Taten – z. B. die der Einführung des 12 Stunden Arbeitstages im Eiltempo oder der Entscheidung zum Karfreitag: zu Gunsten der Wirtschaft. Und es gibt ein klares Bekenntnis im Handeln der Verantwortlichen zur Ungleichbehandlung: „Die Fleißigen sollen belohnt werden, und dann gibt es die Flüchtlinge“. Diese Personengruppe ist für die Regierung außerordentlich nützlich und es wird nicht damit gespart, mit dem Thema politisches Kapital zu generieren. Folgende Frage drängt sich auf: Wenn die Regierung sich an diesen Personen abgearbeitet hat, wer kommt dann?

Neu sind auch die Art und Weise der Regierung, soziale Organisationen in einem abwertenden Ton zu disqualifizieren und ihnen Geschäftsinteressen zu unterstellen. Mitunter wird auch das Klischee der gewinnorientierten NPOs bedient, was bereits dem Namen nach unrichtig ist: NPOs sind NON FOR

PROFIT Organisationen, die zu einem Großteil öffentliche Gelder erhalten und strengen staatlichen Kontrollen unterliegen. Diese sozialen Organisationen sind Ausdruck einer organisierten Zivilgesellschaft in Form von Vereinen und gemeinnützigen GmbHs. Sie alle leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir in einem sicheren Land mit hohen Standards leben können.

Die Betätigungsfelder von NPOs sind äußerst vielfältig, wie man am Roten Kreuz, einer Behindertenorganisation oder einem Pflegedienst sieht. Bunt sind auch deren Organisationsformen mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen, einfachen Führungsstrukturen oder auch etablierten Managementsystemen – je nach Form oder Größe und Vorgaben durch die FördergeberInnen.

### **Kritik an Regierenden**

Die MitarbeiterInnen der NPOs sind und waren schon immer tätig, wo Unterstützung nötig ist. Sie sehen daher auch häufiger nicht nur die persönlichen Probleme, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen von Armut und Krankheit. Und das fördert bei einigen die Kritik an den Verantwortlichen (Regierenden) als MahnerInnen für gelebte Solidarität. Diese Kritik wird aktuell nicht gerne gehört. Wenn ExpertInnen sich nach Entscheidungen der Regierung öffentlich beschweren, dass ihr Wissen ignoriert wurde, dann kommt die Retourkutsche von Regierungsverantwortlichen, die sie als „sogenannte ExpertInnen“ bezeichnen und damit abqualifizieren. Durch eine wirklich gelungene Message Control lässt die Regierung die Puppen so tanzen, wie es ihr gefällt: „Bist du nicht für mich, dann bist du gegen mich“. Ist das Zeichen einer pluralistischen Demo-

kratie?

Ein Schelm ist, wer darin kein klares Muster erkennen will. Wenn wir zum Schluss kommen, dass die Regierung nicht bloß die neoliberale Sparpolitik im NPO Bereich von früheren Regierungen fortsetzen will, dann bilden ihre Entscheidungen und stetig bedienten Narrative einen klaren Kurswechsel hin zu einer autoritären Agenda. Vielfalt und Komplexität im Zusammenleben werden durch Homogenität und vereinfachende Wenn-dann Logiken ersetzt. Und das ist die Strategie rechtspopulistischer Regierungen! Eine Hoffnung, diesen eingeschlagenen Weg verfassungskonform zurecht zu weisen, scheint weniger die Opposition, als das Vertrauen auf unabhängigen Entscheidungen von Höchstgerichten zu sein. Eine intakte Justiz ist die 3. Säule in der Demokratie und braucht die nötigen finanziellen Mittel, um den Rechtsstaat aufrecht zu erhalten.

Und irgendwie ist die bediente Hoffnung nach Einfachheit und Verallgemeinerung schon verständlich: Das Versprechen des Wachstums und der kontinuierlichen Verbesserung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts bröckelt und das sorgt viele, und es nährt die Angst vor einem sozialen Abstieg. Und da ist es für viele schon stabilisierend zu wissen, dass es andere gibt, denen es noch schlechter gehen soll und genau das wird von der Regierung vorangetrieben.

Wer heute an den Betätigungsfeldern der Zivilgesellschaft signifikant rüttelt, wer soziale Arbeit abwertet und zivilgesellschaftliches Engagement z. B. als Willkommensklatzsch diffamiert, der propagiert ein simples und spaltendes Weltbild. Genau dagegen und für das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie sind auch mündige BürgerInnen

und mutige NPOs gefragt.

### Was können wir tun?

Eine förderliche Haltung dem Rechtspopulismus der Regierung zu begegnen ist, wachsam zu sein und deutlich Farbe zu bekennen, wo der Weg der Konsensdemokratie verlassen wird, der sich durch Verhandlung und Partizipation auszeichnet. Hierzu gibt es z. B. die Möglichkeit zur aktiven Diskussion mit den gewählten MandatarInnen und das bewusste Unterstützen von unabhängigen Medien. Nicht nur Demonstrationen sind hier möglich, sondern auch das Nutzen von digitalen Wegen der Solidarität wie eine österreichische Plattform ([www.aufstehn.at](http://www.aufstehn.at)) erfolgreich zeigt.

### Geschichtsbewusstsein aktivieren

„Nie wieder!“ ist und war ein klares Bekenntnis der Zivilgesellschaft und Politik als Lehre nach den Grauen des 2. Weltkrieges. Aus den Entwicklungen am Beginn des 20. Jahrhunderts können wir erkennen, dass der Totalitarismus durch viele kleine, häufig unmerkliche Schritte systematisch vorbereitet wurde: Wenn Demonstrationsrechte eingeschränkt werden und kritische Stimmen verunglimpft werden, dann aktiviert wohl ein Blick zurück und ins Ausland zum deutlichen Nein. Wenn wiederum NPOs und zivilge-

sellschaftliche Initiativen angegriffen werden, dann ist es möglich diesen Abwertungen Aufwertungen entgegenzusetzen, indem so viele NutzerInnen wie möglich gute Geschichten über ihre HelferInnen und Organisationen als stärkende Geschichten verbreiten oder demonstrativ für sie spenden.

### Zusammen sind wir viele: Gelebte Solidarität

NPOs und zivilgesellschaftliche Initiativen bestehen aus vielen Menschen und ihren Netzwerken. Wenn anstelle von Eigennutzen und Grabenkämpfen, eine gelebte Solidarität hergestellt wird, dann gibt es viele WächterInnen für eine solidarische Gesellschaft. Dadurch können Gräben, die durch Spaltungen und Ausgrenzung entstehen, gekittet werden, indem sie für eine vielfältige Gesellschaft eintreten.

Wenn wir uns kurz in die Zukunft beamen, dann sind es unser Tun oder unser Lassen, das auf uns und unsere Nachkommen Wirkung haben wird. Aus meiner Sicht fordert uns die aktuelle Entwicklung heraus, uns folgende Frage zu stellen: Für welche Zukunft wollen wir unsere Beiträge geleistet haben? Ist es Zeit, aktiv zu werden?

*Prof. (FH)*

*Mag. Thomas Schweinschwaller*  
[www.vielfarben.at/das-team](http://www.vielfarben.at/das-team)

### Bärenstarke Volksgesundheit



In Stunden stiller Ohnmacht male ich mir aus, wie es sich lebte, wäre ich die Bundespräsidentin von Österreich, und zwar eine, die ihr Amt sehr intensiv ausübte. Gleichsam als gemäßigte Diktatur. Gemach, entpören Sie sich gleich wieder! Im echten Leben bin ich eine glühende Demokratin (daher auch die Ohnmacht). Aber in der Fantasie führe ich mein Volk wie eine Mischung aus Edith Klinger und Dschinghis Khan. Mir ist nämlich aufgefallen – ich bin ja in den „sozialen“ Medien und wage mich manchmal in die Kommentar-Eingeweide der Zeitungen – dass viele Mitbürger nach einer strengeren Hand schreien. Sie wollen einen Staat, der ihnen Sicherheit in überfordernden Zeiten bietet. Der starke Mann soll her. Ich wäre zwar ein lausiger Mann, kann aber drei Klimmzüge! Ich bin stark wie eine hungrige Bärin!

Als oberste Staatsgewalt wäre ich zu den Autoritätsgläubigen wie eine Mutter zu ihren wahnsinnigen Kindern. Wehe, ich erwischte mein Volk mit minderwertigen Drogen! Sodann wäre für alle nach dem dritten Bier Schluss, das gilt auch für mich selbst. Das Rauchen bliebe erlaubt, allerdings gibt es Tschickpacker! nur, wenn die Schmaucher in der Trafik unter strenger Aufsicht auf einem Hometrainer zehn Kilometer heruntergeradelt haben. Damen dürften leider keine Stöckelschuhe mehr tragen, Männer keine Autos mit mehr als 100 PS fahren.

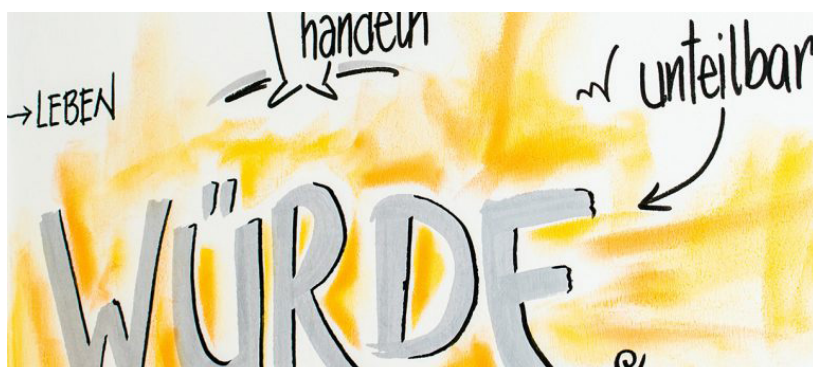
Am meisten erhoffe ich mir davon, dass mental kranke Menschen stets ein Warntaferl um den Hals tragen, mit der Aufschrift „Obacht, Blödsinn!“ Damit meine ich nicht unverschuldet schizophrene oder gar depressive Mitmenschen, sondern solche, die glauben, man löse dringliche Probleme, indem man Asylwerber um 1,50 € arbeiten lässt und den Bedürftigen auch noch das Spendengeld wegnimmt.

Ihre Weinbergschnecke

## 7 Videos zur Aktualität der Katholischen Soziallehre

In 7 kurzen Videos (insgesamt 20 Minuten) erklärt die Direktorin der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe) Magdalena Holztrattner die Katholische Soziallehre. Die Videos stellen dabei die Prinzipien der Soziallehre vor: Personalität, Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und Option für die Armen.

**Siehe:** <https://www.ksoe.at/themen/soziale-gerechtigkeit-6693>



# Identitäres Christentum und neue Rechte

**Das Erstarken von neonationalistischen Bewegungen ist eine der größten Herausforderungen des gegenwärtigen Europas. Die christlichen Kirchen sind mit dem Rückgriff auf vermeintlich christliche Elemente konfrontiert.**

Es wäre ein Missverständnis, in der Neuen Rechten Europas eine einfache Wiederkehr der alten Faschismen zu sehen. Bezüge auf faschistisches Gedankengut sind im Einzelnen zwar tatsächlich nachweisbar. Doch parallel dazu haben sich während der letzten Jahrzehnte wesentliche Verschiebungen in der ideologischen Matrix der Neuen Rechten ereignet, die es im Auge zu behalten gilt, um vereinfachende Stereotypisierungen zu vermeiden.

## Die Nouvelle Droite in Frankreich

Wesentlicher Bezugspunkt dieses Transformationsprozesses ist die französische „Nouvelle Droite“ (ND), rund um ihre intellektuelle Gallionsfigur Alain de Benoist (\*1943), die sich im Frankreich der 60er-Jahre etablierte. Ziel der ND war es, historisch belastete Begriffe zu vermeiden, um „rechte“ Positionen auf diese Weise wieder anschlussfähig an zeitgenössische Debatten zu machen. Das Ergebnis war eine „politisch korrekte“ Rechte, die auf unterschiedlichen Wegen schließlich die gesamte Rechte Europas, vom Vlaams Belang in Belgien, über die Lega Nord in Italien bis hin zu Kreisen rund um Vladimir Putin beeinflusste.

Als ideologische Kernstücke der ND lassen sich die folgenden Aspekte nennen: Erstens verabschiedete die ND den Rassismus der „Alten Rechten“ zu Gunsten des Konzepts des „Ethnopluralismus“. Die Welt besteht demnach aus einer Vielfalt prinzipiell gleichwertiger, in sich relativ homogener ethnokultureller Identitäten, wobei die Unterschiede zwischen diesen nicht mehr biologisch, sondern vor allem kulturell bestimmt werden.

Die Neue Rechte übt, zweitens, Kritik an Universalismus und Egalitarismus. Benoist betont, dass jede Kultur ihr eigenes Wertesystem in sich trage und sich folglich einer Beurteilung „von außen“ entzieht. Vehement wendet sich Benoist in diesem Sinn gegen die „Ideologie der Menschenrechte“ mit ihrem angeblich abstrakten Individualismus.

Die klare Unterscheidung ethnokultureller Identitäten ist, drittens, die Voraussetzung des prodemokratischen Pathos der „Neuen Rechten“. Dieses meint nicht die liberale repräsentative Demokratie, sondern zielt auf Formen einer direkten Demokratie innerhalb der Grenzen ethnisch homogener Gemeinschaften. Das Eintreten für den Ausbau „direkter Demokratie“, wie es sich in den Parteiprogrammen der AfD und der FPÖ findet, hat hierin seinen ideologischen Fluchtpunkt.

Hinsichtlich ihrer religiösen Orientierung schwankt die Neue Rechte zwischen Formen eines identitären Christentums und einem neuen „Heidentum“.

## Identitäres Christentum

Auch das identitäre Christentum lässt sich durch drei Merkmale kennzeichnen: Erstens sticht der Versuch hervor, Christentum und Nation in einen konstitutiven Zusammenhang zu bringen. Das Christentum erscheint dabei als spirituelle Quelle und identitätsstiftendes Merkmal der Nation. Die Kennzeichnung Ungarns als christliche Nation in der neuen ungarischen Verfassung (2011) und die Aussagen des sich selbst als „Katholiken“ bezeichnenden Vordenkers der Neuen Rechten in Deutschland, Götz Kubitschek, der

*Dr. theol. Sebastian Pittl, Institut für Weltkirche und Mission, Frankfurt am Main*

vom deutschen Volk als einem „Entwurf Gottes“ spricht, gehen in diese Richtung.

Ein zweites Kernelement besteht in der Relativierung des universalen Anspruchs des christlichen Ethos. Der biblische Nächste wird dabei im Sinne ethnischer Zugehörigkeit verstanden und die biblische Feindesliebe (Mt 5,44) konsequent auf die Mitglieder der eigenen ethnischen Gemeinschaft eingeschränkt.

Drittens knüpft die christliche Neue Rechte an die militanten Elemente der christlichen Tradition wie die Kreuzzüge an. Die Beschwörung eines wehrhaften christlichen Abendlandes findet sich gleichermaßen in der von der „Identitären Bewegung“ verwendeten Symbolik wie z. B. in den Reden Viktor Órbans.

Das identitäre Christentum ist bei näherer Betrachtung nur um den Preis einer äußert selektiven Rezeption der christlichen Tradition zu haben. Es steht in offensichtlichem Widerspruch zu zentralen Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils und des Ökumenischen Rats der Kirchen.

## Neues Heidentum – die religiöse Alternative für Europa?

Manche VertreterInnen der Neuen Rechten sind sich dieses Widerspruchs durchaus bewusst. So wirbt Benoist für einen radikalen Bruch mit dem Christentum und die Rückbesinnung auf ein postmodernes Heidentum, wobei er den subjektiven Charakter dieser Präferenz offen eingesteht. Die „reine Wahrheit“ ist für Benoist „unentscheidbar“ und verlangt deswegen nach einem Akt heroischer Setzung.

Hier spricht sich offen aus, was

auf verdeckte Weise bei fast allen AkteurInnen der Neuen Rechten zu finden ist. Deren grundlegende religiös-politische Identitätsbestimmungen entpuppen sich bei näherer Betrachtung allesamt als Ausdruck mehr oder weniger willkürlicher Setzungen. Dies gilt für Benoists Neuheidentum wie für die Bestimmungen christlich-ungarischer Nationalität in der ungarischen Verfassung oder die Vorstellungen zur deutschen und österreichischen Identität innerhalb der „Identitären Bewegung“ oder der AfD. Neurechte Identitätsbestimmungen sind in ihrem Kern allesamt geprägt von einem: „Wir sind, wer auch immer wir sagen, dass wir sind“.

*Sebastian Pittl, Dr. theol., Studium der katholischen Theologie in Wien und Madrid; Forschungsschwerpunkte: Politische Theologie, Befreiungs- und Postkoloniale Theologie; Institut für Weltkirche und Mission (Frankfurt/Main), verantwortlich für den Forschungsbereich Interkulturelle Theologie.*

cpdc


## EMOTIONEN IM KONFLIKT

Emanzipation in  
Zeiten von Ressentiment



**36. SOMMERAKADEMIE**  
BURG SCHLAINING | 10. bis 14. Juli 2019

**Anmeldung:**  
sommerakademie@aspr.ac.at  
www.friedensburg.at

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - int  
se - interesse - inter  
e - int

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

**P. Solon (Hrsg.): Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus. Mandelbaum Verlag, Wien, Berlin 2018, 272 Seiten.**

Der Herausgeber sammelt in diesem Band Alternativen zum Kapitalismus hauptsächlich aus Lateinamerika. In den letzten Jahren sind eine Vielzahl dieser Konzepte entworfen worden, die die Bereiche gerechter Handel, Klimagerechtigkeit und Konzernmacht betreffen. Diese Denkansätze machen klar, dass es nicht die eine Antwort für die richtige sozio-ökonomische Transformation gibt, sondern diese Konzepte lassen sich komplementär einsetzen.

Die Alternativen heißen Commons, Ökofeminismus, Degrowth, Rechte der Mutter Erde, Deglobalisierung. Am Ende des Sammelbandes werden auch die Diskussionen zu diesem Thema im deutschsprachigen Raum vorgestellt und es gibt weiterhin viel Diskussions- und Handlungsbedarf.

**H. Kromp-Kolb/H. Formayer: +2 Grad. Warum wir uns für die Rettung der Welt erwärmen sollten. Molden Verlag, Wien-Graz 2018, 207 Seiten.**

Die Folgen eines ungebremsten Klimawandels wären katastrophal. Es genügt nicht, nur die Folgen technologisch zu bekämpfen, sondern es muss eine Änderung unseres Lebensstils sowie unseres ganzen Finanz- und Wirtschaftssystems erfolgen. Es reicht nicht aus, sich nur zu Klimazielen zu bekennen (Klimakonferenzen), es muss auch gehandelt werden.

Österreich ist bei der Umsetzung leider kein Musterland, sondern befindet sich eher im hinteren Drittel der Staaten. Allein Lösungen von den politischen EntscheidungsträgerInnen zu erwarten ist zu wenig. Es gibt auch viele Möglichkeiten den eigenen

Lebensstil zu verändern und dadurch etwas zum Klimaschutz beizutragen.

**V. Bohrn Mena: Die neue ArbeiterInnenklasse. Menschen in prekären Verhältnissen. ÖGB-Verlag, Wien 2018, 206 Seiten.**

Die Formen der atypischen Beschäftigungen nehmen zu, während die Normalarbeitsverhältnisse ständig weniger werden. Die Autorin gibt zuerst einen guten Überblick über die Entwicklung prekärer Arbeit in Europa seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts v. a. durch die Zunahme der Flexibilisierung (Deregulierung) am Arbeitsmarkt. Nach der Betrachtung der Zahlen folgt die Schilderung des Arbeitsalltages und des Privatlebens von prekär Beschäftigten, einem Lieferanten, einer unfreiwillig Teilzeit Beschäftigten, einem sogenannten Einpersonen-Unternehmer, unfreiwilligen Praktikanten usw. Dadurch bekommt man ein Gefühl, was niedrige Löhne, fehlender rechtlicher Schutz und mangelnde soziale Absicherung für Menschen bedeuten.

In einem Epilog geht die Autorin noch auf die Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung ein, die teilweise massive Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen bringen. Als Gegenmaßnahme schlägt sie kollektives und solidarisches Agieren der lohnabhängigen Menschen vor, sich zu Wort zu melden, sich zu organisieren und dagegenzuhalten.

### In eigener Sache

Dieser Ausgabe von INTERESSE liegt ein Zahlschein bei.

Wir ersuchen Sie um Einzahlung eines freiwilligen **Druckkostenbeitrages von 9 Euro** für das Jahr 2019.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

resse - interesse - interesse - interesse - interesse -  
sse - interesse - interesse - interesse - in-  
se - interesse - inter

# TERMINE

## LAUDATO SI' Preis der Diözese Linz 2019: Ökofaire Feste

Einladung zur Preisverleihung

Fr., 4. Okt. 2019, 18.30 Uhr

Bildungszentrum Maximilianhaus

Gmundner Straße 1b,

4800 Attnang-Puchheim

### Festvortrag: Helga Kromp-Kolb

Biofares Buffet

### Um Anmeldung wird gebeten:

sozialreferat@dioezese-linz.at

☎ (0732) 76 10 – 32 51

## 12. Sternwallfahrt nach St. Radegund: Auf den Spuren von Franz Jägerstätter „Von der Ohnmacht zur Wirkmacht“

Sa., 1. Juni 2019, ab 12 Uhr

www.kmb.or.at oder bei KMB Linz:

Mag. Wolfgang Bögl

☎ (0723) 76 10-34 61

## Politisches Gebet für Demokratie und Menschlichkeit

Do., 13. Juni, 17.15 Uhr, Kreuzschwes-  
ternkirche, Wurmstraße 5, 4020 Linz

## Kultur-Sozial-Stammtisch und Sommerfest

Mi., 19. Juni 2019, 18 Uhr, Cardijn-  
Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

ksoe Innovation Lab

# Soziale Verantwortung

JÄNNER 2020 -  
JÄNNER 2021

## Lehrgang für ZukunftsgestalterInnen

Gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheit, Klima-  
krise: Christinnen und Christen sind aufgefordert, Stellung  
zu beziehen und mutig zu handeln.

Der neue ksoe-Lehrgang bietet sozial-ethische Orienti-  
rung, Inspiration durch lebbar Alternativen und viele hilf-  
reiche Werkzeuge, um zukunftsfähige Initiativen konkret  
umzusetzen.

In einer internationalen, vielfältigen Gruppe wird gemein-  
sam experimentiert, geübt, reflektiert, gelernt...

... um eine menschenwürdige Welt zu gestalten, die  
auch für zukünftige Generationen lebenswert ist.

7 Module: Wien - Brüssel - Barcelona

Nähere Informationen:  
konstanze.pichler@ksoe.at

ksoe

## Pax Christi OÖ: Vollversammlung mit Studienteil

Fr., 28. Juni 2019 in der Stadtpfarre  
Linz, Pfarrplatz 4

16 bis 18 Uhr: Vollversammlung,  
ab 19 Uhr: Studienteil zum Thema

„Soziokratie – Die bessere Demo-  
kratie?“ mit Mag. Markus Pröstler-  
Feichtinger

Anmeldung: ☎ (0732) 76 10-3251,  
pax.christi@dioezese-linz.at

## Ökumenische Sommerakademie: Die gespaltene Gesellschaft

Mi., 10. bis Fr., 12. Juli 2019 im Stift  
Kremsmünster/Kaisersaal

10. Juli, 18 Uhr: Empfang durch LH  
Mag. Thomas Stelzer

Moderation: Dr. Helmut Obermayr

Anmeldung bis 5. Juli: Katholische  
Privatuniversität Linz,  
☎ (0732) 78 42 93 oder  
sommerakademie@ku-linz.at



**Bio  
Garten  
Eden**

**-20%**  
für den Eintritt der  
OÖ Landesgartenschau 2019

Einmalig einzulösen an einem der  
Kirchenmittwoche auf der OÖ Landes-  
gartenschau 2019 in Aigen-Schlögl.

Gültig für max. zwei Personen  
(Erwachsene).

Diesen Bon ausschneiden und bei der  
Gartenschaukassa abgeben.



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)  
Herausgeber und Verleger: Mag.ª Lucia Göbesberger  
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz  
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51  
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales  
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau  
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz  
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz



Katholische Kirche  
in Oberösterreich